

ANDREAS MATTFELDT MdB

Verden-Osterholz

BERLIN AKTUELL

Liebe Freunde,

Liebe Freunde,

die Highlights meiner Woche waren das Wiederanlaufen der Besuchergruppen und die gestrige Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses, bei dem unsere Arbeit der letzten Wochen zusammengelaufen ist.

Daneben gab es natürlich wie immer weitere wichtige Themen rund um unsere Lebensmittel- und Energieversorgung sowie die Anerkennung von Berufsgruppen wie Pflegekräften, die sich auch lange vor Corona täglich für das Wohl der Gesellschaft abarbeiten.

Mehr dazu und den anderen Themen finden Sie unten.

Herzliche Grüße

Ihr/Euer



Andreas Mattfeldt

FOTO DER WOCHE



Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses: Ende arbeitsreicher Wochen

Für mich als Haushälter des Deutschen Bundestages ist die Bereinigungssitzung zum Ende der Haushaltsverhandlungen immer der große Showdown. Als Hauptberichterstatler für den Haushalt des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) sowie als Mitberichterstatler für den Klima- und Transformationsfonds haben wir in den letzten Wochen über 40 Anträge mit Verbesserungsvorschlägen erarbeitet, in Beratungen - auch mit dem Bundesminister Habeck - kritische, aber dennoch sachliche Gespräche geführt und das Ergebnis schlussendlich den Regierungsfractionen in der gestrigen Bereinigungssitzung vorgelegt. Dass die Ampel-Koalition dabei keinem Antrag der Unionsfraktion gefolgt ist, ist parteipolitisch sicherlich verständlich, in der Sache aber nicht verantwortungsvoll.

So haben wir beispielsweise Anträge zur Abstimmung gebracht, die Forschung zum klimaneutralen Fliegen mit 100 Millionen Euro mehr auszustatten. Die Fliegerei ist einer der weltweit größten Emittenten und bietet großes Einsparungs- und Innovationspotential. Aufgrund des hohen Stellenwerts der Luftfahrtindustrie in Deutschland ist es für die heimischen Arbeitsplätze enorm wichtig, hier den Anschluss nicht zu verlieren. Ebenfalls eine wichtige Branche in Deutschland ist der Tourismus, in der es großes Einsparpotential von CO2 gibt und dies auch von der Kundschaft zunehmend als wichtiges Kriterium bei Buchungen gesehen wird. Für die Unterstützung der Tourismuswirtschaft zur Steigerung von Energieeffizienz und Maßnahmen zum Klimaschutz haben wir zwei Millionen Euro gefordert.

Auch haben wir versucht neue oder drohende Antragsstopps bei der Wirtschaftsförderung wegen von geringer Finanz Ausstattung, etwa beim Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) und der Industrieforschung für Unternehmen (IGF) zu vermeiden. Nach dem Willen der Union sollte hierzu das ZIM um 100 Millionen Euro auf dann 700 Millionen Euro und IGF um über 45 Millionen Euro auf 300 Millionen Euro erhöht werden. Die Programme sind beliebt und die Mittel wären daher ein gutes Polster gewesen. Die Anträge der Ampel waren dagegen mager ausgestattet mit einem Plus von 20

Millionen Euro beim ZIM und noch mageren 6,5 Millionen Euro für IGF in die Verhandlungen. Da können die Unternehmen nur noch auf das Windhund-Prinzip hoffen, bevor man am Ende mal wieder leer ausgeht.

Andererseits habe ich mich für die Wertschätzung von Ausbildungsberufen eingesetzt. Mit zwei Anträgen habe ich das BMWK mit Blick auf den Regierungsentwurf für den Haushalt 2023 aufgefordert, die Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung (ÜLU) und die Fortbildungseinrichtungen dauerhaft mit jeweils 70 Millionen Euro in der Finanzplanung zu berücksichtigen. Beides hat die Ampel abgelehnt.

Dieses System hat sich leider durch die gesamten Beratungen durchgezogen. Gewisse Bereiche wurden finanziell nicht genügend unterfüttert, andere hingegen mit übermäßig vielen Mitteln ausgestattet, die an anderer Stelle effizienter eingesetzt gewesen wären. So scheint die Regierung auch den Klima- und Transformationsfonds eher zu einem Sparschwein für zukünftige Wahlgeschenke zu entwickeln, als zu einem effektiven Instrument für Energie-, Mobilitäts- und Industrie-wende.

THEMEN DER WOCHE

Sabotage von Gaspipelines für den Klimaschutz

Die Woche begann mit einer öffentlichen Anhörung des Petitionsausschusses am Montag zu den Themen Mobilitätswende und der Auflösung der Abhängigkeit von russischen Gas- und Ölimporten. Das Ziel des Petenten ist natürlich grundsätzlich unterstützenswert, aber die geforderten Maßnahmen, wie das Verbot von Inlandsflügen, nicht zielführend. Der Hintergrund des, zum Teil barfüßigen Auftretens, Petenten hingegen war mehr als fraglich. Der ehemalige Pressesprecher von Extinction Rebellion hatte bereits mehrfach seine Bereitschaft öffentlich kundgetan, Gaspipelines, Fließbänder oder auch Autoreifen zu sabotieren, um seine Ziele zu erreichen. Auch bei der Anhörung wiederholte er seine Ansichten dazu. Dass die Werte unseres Parlaments damit mit – bloßen – Füßen getreten wurden, war ihm dabei sicherlich bewusst. So eine offensive Aufforderung zu Straftaten vor der Öffentlichkeit hat keinen Platz im Parlament und kann ich keineswegs unterstützen.

Die vollständige Anhörung finden Sie auf der Seite des Petitionsausschusses bzw. unter:
https://www.bundestag.de/ausschuesse/a02_Petitionsausschuss/oeffentliche-sitzung-am-16-mai-2022-895912

Den Traum vom Eigenheim ermöglichen und dabei Vertrauen in der Bevölkerung wiederherstellen

Auch als Reaktion auf den abrupten Stopp der Energieeffizienzhausförderung Anfang dieses Jahres durch Bundeswirtschaftsminister Habeck, die halbherzige Neuaufgabe des Programms und die damit verursachte Verunsicherung in der Bevölkerung hat die Unions-Fraktion diese Woche den Antrag „Den Traum von den eigenen vier Wänden ermöglichen“ in den Bundestag eingebracht. Dabei geht es um Planungs- und Investitionssicherheit für Bauherren und damit verlässliche Rahmenbedingungen für geförderten Eigentumserwerb und klimafreundliches Bauen. Kostentreibende Vorschriften müssen dafür entschlackt, Genehmigungsverfahren beschleunigt und auch konkrete Entlastungen erreicht werden. So muss die Bereitstellung des Baukindergeldes sichergestellt und den Ländern ermöglicht werden, beim Ersterwerb von selbstgenutztem Wohneigentum einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer einzuführen

„Planungs- und Genehmigungsverfahren weiter beschleunigen – Für Wohlstand, Versorgungssicherheit und ökologischen Mehrwert“

Planungs- und Genehmigungsverfahren dauern in Deutschland zu lange. Wichtige Investitionen in allen Bereichen werden so verzögert. Die Bundesregierung unternimmt im Bereich der erneuerbaren Energien und der Energiesicherheit derzeit erste Anstrengungen, die Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Mit unserem Antrag legen wir konkrete Vorschläge zur Beschleunigung einer Vielzahl von Investitionen vor. Unsere Vorschläge gehen weit über die erneuerbaren Energien oder Investitionen in LNG-Infrastruktur hinaus. Sie betreffen strengere Planungsverfahren, kürzere Gerichtsverfahren, eine effizientere Bürgerbeteiligung sowie einen modernisierten Natur- und Artenschutz für alle Investitionen. Denn diese sind zum nachhaltigen Umbau unserer Wirtschaft erforderlich. Sie werden die Attraktivität des Investitionsstandorts Deutschland stärken.

Bonuszahlungen gerecht für Berufsgruppen auszahlen

In abschließender zweiter und dritter Lesung haben wir den Entwurf der Bundesregierung für ein Gesetz zur Zahlung eines Bonus für Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen (Pflegebonusgesetz) beraten. Wir unterstützen die

zusätzliche Anerkennung für die der Beschäftigten im Pflegebereich. Allerdings ist das von der Ampel gewählte Verfahren sehr bürokratisch und langwierig, eine Auszahlung dürfte daher erst im Frühsommer erfolgen. Zudem werden bestimmte Berufsgruppen – wie etwa Medizinische Fachangestellte oder Beschäftigte im Rettungsdienst – nicht berücksichtigt. Das ist nicht nachvollziehbar. In unserem Antrag „Bonuszahlung für Leistung der Medizinischen Fachangestellten, Zahnmedizinischen Fachangestellten sowie Beschäftigter im Rettungswesen in der Corona-Pandemie – Nachhaltige Stärkung des Berufsbilds der Medizinischen Fachangestellten jetzt voranbringen“ machen wir deshalb Vorschläge, wie der Bonus besser und vor allem gerechter ausgestaltet werden kann

„Der Ukraine jetzt und in Zukunft helfen, Nahrungsmittelversorgung in der Welt sicherstellen sowie europäische und deutsche Landwirtschaft krisenfest gestalten“

Mit diesem nun in abschließender Lesung zu beratendem Antrag legen wir als Unionsfraktion ein umfassendes Konzept vor, um die Nahrungsmittelversorgung angesichts der Verwerfungen durch Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine zu sichern. Die sogenannte „Zeitenwende“, von der Bundeskanzler Scholz spricht, gilt gerade auch für die Landwirtschaft. Die Ampel darf hier nicht aus politischem Kalkül wegsehen, den Kopf in den Sand stecken und ihre Politik nur weiterführen.

Die Sachverständigen sind sich im Wesentlichen einig, dass Deutschland und Europa sich nicht abschotten dürfen und die nachhaltige Erzeugung von wichtigen Agrarprodukten ausweiten müssen. So kann die gestiegene Nachfrage auf den Weltmärkten bedient und die Ernährungskrise bekämpft werden. Wir richten die notwendigen agrar-, handels- und entwicklungspolitischen Forderungen an die Bundesregierung. So stärken wir die Ernährungssicherheit. Insbesondere auf nationaler Ebene muss die Bundesregierung unter anderem unverzüglich auf ökologischen Vorrangflächen den Anbau auch von Feldfrüchten – die nicht zur Erzeugung von Tierfutter dienen – erlauben, statt wie bisher mehr und mehr Agrarflächen stillzulegen. Dies wurde durch die EU-Kommission mit ihrem Aktionsplan zur Ernährungssicherung den EU-Staaten ausdrücklich eingeräumt.

„Gesetz zur Änderung des Energiesteuerrechts zur temporären Absenkung der Energiesteuer für Kraftstoffe“

Mit dem Gesetzentwurf, den wir in zweiter und dritter Lesung beraten, wird die Energiesteuer auf Benzin und Diesel für drei Monate auf das unionsrechtliche Mindestmaß abgesenkt. Dies senkt die Abgabenlast ca. um 30 %. Die Grundidee des Entwurfs ist gut. Mit unserem Entschließungsantrag bringen wir jedoch weitere Verbesserungsvorschläge ein. Eine Absenkung für nur drei Monate ist nicht ausreichend. Erstens dürfte die Ukraine krisen länger als nur drei Monate dauern. Zweitens ist der Umstellungsaufwand für die Unternehmen groß. Drittens hören wir schon jetzt, dass die Absenkung wahrscheinlich nicht oder zu einem kleinen Teil an die Verbraucher weitergegeben wird. Ein längerer Zeitraum wäre erforderlich, damit die Kraftstofflager mit der erhöhten Steuer geleert, wiederbefüllt und anschließend die Senkung auch weitergegeben werden kann. Deshalb fordern wir eine dauerhafte Absenkung der Energiesteuer auf das unionsrechtliche Mindestmaß, zumindest jedoch für zwei Jahre.

WAHLKREIS AKTUELL



Bildrechte: Bundesregierung / StadtLandMensch-Fotografie

Start der Besuchergruppen aus dem Bundestag mit super Truppe

Besonders gefreut hat mich in dieser Woche der Besuch einer Gruppe junger Menschen aus Osterholz und Umgebung. Neben einigen Schülervertretern waren auch zahlreiche engagierte junge Leute aus den Landjugenden Schwanebude und Worswede-Worphausen mit dabei. Nach knapp zwei Jahren coronabedingter Pause, mit nur sehr wenigen Besuchern, wurde unseren Hallen endlich mal wieder Leben eingehaucht.

Die, die mich kennen wissen, dass mir meine Besucher aus Osterholz und Verden immer besonders am Herzen liegen. So gab es trotz aller Sitzungen, die ich in dieser Woche im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen hatte auch ein bisschen Spaß nebenher. In guten Gesprächen haben wir über meine Arbeit in Berlin und aktuelle politische und gesellschaftliche Themen diskutiert und selbstverständlich durfte auch eine Führung durch den Reichstag nicht fehlen.

BÜRO BERLIN

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel.: 030 - 22 77 13 24
 andreas.mattfeldt@bundestag.de | www.andreas-mattfeldt.de